Preis 15 ₰

Hamburger Echo

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Das Hamburger Echo erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen. Bezugspreis: Im voraus zahlbar: Monatlich 2,50 Mk. (einschließlich 0,56 Mk. Zustellungsgebühr), wöchentlich 0,60 Mk. (einschließlich 0,13 Mk. Zustellungsgebühr) Für Abholer wöchentlich 0,55 Mk. Durch die Post zu gleichen Bezugspreisen zuzüglich Bestellgeld.
Redaktion: Fehlandstraße 11, I. Fernsprecher: (H. 2) Elbe 1691 und 1693. Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona. Buchhandlung: Fehlandstraße 11, Erdgesch. Fernsprecher: (H. 2) Elbe 6620. Buchdruckereikontor: Fehlandstr. 11, I. Fernspr.: (H. 2) Elbe 6620 u. 6621.

Anzeigenpreise verstehen sich in Reichsmark: bis 13 gespaltene Nonpareillezeile 45 Pf. Private Familienanzeigen 30 Pf. Stellenangebote 35 Pf. Stellengesuche 25 Pf. Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 30 Pf., 10 bis 15 Zeilen die Zeile 35 Pf. Reklamezeile 3.50 Mk. Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden. Anzeigenannahme Fehlandstr. 11 (Fernspr.: Elbe 1694), Hochpart. (bis 6 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncenbureaus. Platz- und Datenvorschriften unverbindlich

Nummer 208 — Sonnabend, 30. Juli 1927 — 53. Jahrgang

Russisch-englische Friedensfühler?

In der Donnerstag-Debatte des englischen Unterhauses wurde seit mehreren Monaten zum ersten Male wieder von der Wiederaufnahme der Beziehungen zur Sowjetunion gesprochen. Der auf dem linken Flügel der Arbeiterpartei stehende Abgeordnete Wallhead fragte Chamberlain, ob England das Tor noch nicht zugeschlagen habe gegenüber den Versuchen der Sowjetunion, die Beziehungen wieder herzustellen. Chamberlain wies die Frage nicht zurück, sondern antwortete entgegenkommend, die Russen könnten eine Annäherung unternehmen. Dabei würden sie wohl ihre Vorschläge mitteilen, und England sei bereit, sie zu erörtern. Jedoch dürften die früheren Mißbräuche nicht wieder vorkommen.

Damit hat die englische Regierung öffentlich den ersten Schritt zu einer Wiederannäherung mit Rußland getan.

Dieses englische Angebot ist in einem Augenblick erfolgt, wo England in Genf in eine sehr ungünstige Position geraten ist. Es fühlt sich in seinem Kampf um die Ueberlegenheit in Kreuzern isoliert und hat Sorge vor der Entfremdung mit Amerika. Das ist der internationale Grund, warum das englische Kabinett der Wiederherstellung der Beziehungen mit der Sowjetunion wieder freundlicher gegenübersteht. Die Initiative Chamberlains ist aber zugleich auch dadurch bedingt, daß die Kapitalisten den Ausfall wichtiger russischer Aufträge mehr und mehr bedauern und die wirtschaftliche Torheit des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen einsehen. Zugleich hat der Ausfall der Nachwahlen in den letzten Monaten gezeigt, daß die Wählermassen nicht mehr, wie die junkerlichen Diehards gehofft hatten, mit dem Schreckgespenst des Bolschewismus den Konservativen in die Arme zu treiben sind.

Es ist nun an der Sowjetunion, den zweiten Schritt zu tun. Stalin hat eben in der Iswestija feierlich versichert, daß man in der Sowjetunion die Nerven nicht verlieren dürfe, um den Frieden zu erhalten. Er ist sich auch wohl inzwischen darüber klar geworden, daß die in dem ersten Schreck vollzogenen Hinrichtungen der Geiseln nach der Ermordung Wojkows nicht gerade dazu angetan waren, die Stellung der Sowjetunion international zu stärken. Moskau hat jetzt jedenfalls Gelegenheit, sich das englische Angebot ruhig zu überlegen.

Der Kampf um das russische Petroleum.

Die englisch-holländische Royal-Dutsch-Shell-Gruppe, die selbst das Monopol für den Vertrieb russischen Petroleums nicht erhalten konnte, führt einen erbitterten Kampf gegen die Rußlandverträge der amerikanischen Standard-Oil-Company. Diese konnte jetzt mit Rußland ein Abkommen über die Lieferung von 100 000 Tonnen Petroleum jährlich abschließen.

Verhandlungen über Konzessionen in Rußland. Die Telegr. Agentur der Sowjetunion meldet: „Sandorff, der Vizepräsident des Hauptkonzessionskomitees, erklärte, daß zur Zeit Verhandlungen mit einigen amerikanischen Großfirmen über die Anlage beträchtlicher Kapitalien in Konzessionsunternehmen schweben, die sogar die größten bisher in der Union der Sowjetrepubliken erteilten Konzessionen weit übertreffen würden. Zu gleicher Zeit wird mit deutschen Industriellen über den Abschluß einer Anzahl neuer Konzessionsverträge verhandelt."

Die Krise der Genfer Konferenz auf dem Höhepunkt.

WTB. Genf, 29. Juli. Die Marinekonferenz ist am Donnerstag abend verhältnismäßig rasch in ihre größte und vielleicht letzte Krise eingetreten. Die von Bridgeman aus London mitgebrachten Vorschläge, die in ihren wesentlichen Punkten den auf Grund der britisch-japanischen Verständigung formulierten Anfragen entsprechen, sind von dem Führer der amerikanischen Delegation, Gibson, nicht angenommen worden. Gibson hat gegen mehrere Bestimmungen des Projektes Einwände erhoben und Vorbehalte geltend gemacht. Er hat sich jedoch bereit erklärt, die Vorschläge unverzüglich dem Präsidenten Coolidge zur Kenntnis zu bringen, so daß die Delegation in der öffentlichen Vollversammlung am Montag nachmittag in der Lage sein würde, die endgültige Stellungnahme ihrer Regierung darzulegen. Die amerikanische Opposition richtet sich in erster Linie gegen die Bewaffnung der leichten Kreuzer mit Sechs-Zoll-Geschützen und gegen die weitere Verwendung von 25 % der Schiffe, die das Dienstalter überschritten haben und deshalb regelrecht ersetzt worden sind. Auch machen die Amerikaner Bedenken wegen der Zuteilung von nur zwölf Kreuzern von 12 000 Tonnen geltend, da ihre Bedürfnisse eine größere Zahl dieser Kriegsschiffe erforderten.

In Konferenzkreisen herrschte am Freitag vormittag eine ausgesprochen pessimistische Stimmung. Auf Grund der Andeutungen, die Chamberlain in seiner Unterhausrede gemacht hat, rechnet man allerdings in manchen Kreisen damit, daß die britische Delegation, um die Konferenz vor einem vollen und endgültigen Mißerfolg zu retten, in letzter Stunde noch einen neuen Vorschlag unterbreiten wird.

Beschlagnahme deutscher Dampfer durch die Nanking-Regierung.

WTB. Schanghai, 29. Juli. Die Nankingregierung hatte in Schanghai-Woosung verschiedene Dampfer der Hamburg-Amerika Linie und der Rickmers-Linie durchsucht und mehrere Tage festgehalten, vermutlich infolge von Gerüchten über angebliche Konterbande an Bord der Schiffe. Der deutsche Generalkonsul in Schantung hat, nachdem sich ergeben hatte, daß jeder Verdacht unbegründet ist, energisch gegen die Festhaltung protestiert und Schadenersatz gefordert. Die Dampfer sind dann bis auf „Bertram Rickmers" freigegeben worden. Auch dieses Schiff hat weder Kriegswaffen, noch Kriegsmunition an Bord, noch sonstige Gegenstände, die als Konterbande gelten könnten. Wegen „Bertram Rickmers" werden die Verhandlungen fortgesetzt. Außerdem verhandelt der deutsche Generalkonsul mit der Nankingregierung, um die Erteilung von Flußpässen an deutsche Schiffe zur Fahrt nach Hankau zu erhalten.

*

Soweit das Wolffbureau, das sich in seiner Berichterstattung die Sache doch etwas leichter zu machen scheint, als sie ist. Die Nankingregierung hat ihre Deutschfreundlichkeit wiederholt bewiesen und ist durch ihre schroff antikommunistische Haltung nicht gerade verdächtig, auf bloße Parolen hereinzufallen. Die Methode der Ableugnung führt keineswegs zum Ziel. Wir haben, als die Frage zum erstenmal auftrat und seitdem immer wieder ein durchgreifendes und rücksichtsloses Verbot des gesamten Waffenhandels gefordert, besonders deshalb, weil von allen Handelsgeschäften uns der Waffenhandel als das übelste und bedenklichste erschien. Freilich ist die Erzwingung dieses Verbots vor allen Dingen eine politische Frage. Sie bedingt längere politische Kämpfe, ohne die nicht zum Ziele zu kommen ist. Immerhin geben bereits heute die gesetzlichen Bestimmungen weitgehende Handhaben, um wenigstens ausgesprochene Kriegswaffen von der Beförderung auszuschließen. Der Deutsche Verkehrsbund, der ja an diesen Vorgängen im Hamburger Hafen besonders interessiert ist, hat von vornherein und eindeutig denselben Standpunkt eingenommen wie das Hamburger Echo. In wiederholten Aussprachen hat er seinen festen Willen kundgegeben, auf ein allgemeines Verbot des Waffenhandels hinzuarbeiten und inzwischen auf scharfe Ausnutzung der bestehenden Gesetze zu drängen. Nun ist es bis jetzt nicht gelungen, den zweifellos noch immer laufenden Transporten auf die Spur zu kommen trotz der bombastischen Veröffentlichungen der Hamburger Volkszeitung. Der Deutsche Verkehrsbund hat, wie er uns mitteilt, seine gesamte Mitgliedschaft seit vielen Monaten strikte angewiesen, jede etwa vorkommende Waffenverladung ihm sofort zu melden. Das ist bis jetzt in auch nicht einem einzigen Falle geschehen, so daß die vom Verkehrsbund beabsichtigten Vorstellungen bei den Behörden nicht zur Durchführung gelangen konnten. Es wird sich empfehlen, bei der Behandlung dieser ganzen Frage weniger sensationelle Journalistik und mehr ernsthafte politische Arbeit zu betreiben. Den Hafenarbeitern muß es erneut zur Pflicht gemacht werden, die zuständige Gewerkschaft rechtzeitig von etwaigen Waffenverladungen zu benachrichtigen.

Die „Wahrheit" über Orchies.

Der französische Ministerpräsident Poincaré hat am vergangenen Sonntag eine an sich ruhige Rede in der nordfranzösischen Stadt Orchies gehalten, in der er die deutschen Truppen für die Zerstörung dieser Stadt verantwortlich machte. Es war vorauszusehen, daß dieser unnötige Vorstoß Poincarés zu einer deutschen Erwiderung führen würde, sowie zu französischen Gegenäußerungen und nunmehr sind wir mitten im Dokumentenkriege drin. Auf eine erste Antwort, die das Wolffsche Telegraphenbureau halbamtlich auf die Ausführungen Poincarés gegeben hatte, folgte eine französische Gegenäußerung, enthaltend einen Bericht des Bürgermeisters von Orchies und die Darstellung eines französischen Bürgers namens Tronchon, worauf wiederum am Freitag abend die Reichsregierung mit der Veröffentlichung von fünf Zeugenaussagen geantwortet hat. Die erste Zeugenaussage ist der Bericht des deutschen Führers der beteiligten Abteilung der Freiwilligen Krankenpflege, die beiden nächsten Dokumente sind Berichte zweier französischer Geistlicher, die die von deutscher Seite behaupteten Verstümmelungen deutscher Verwundeter bezeugen. Die beiden letzten Dokumente sind dienstliche Tatberichte von deutschen Aerzten und des Führers einer bayrischen Pionierabteilung.

*

Wir müssen angesichts dieser ganzen Debatte erklären, daß sie lächerlich, absurd und abwegig ist. Wenn es einmal so weit ist, daß Hunderttausende von Menschen bewaffnet und ins Feld geführt werden, damit sie sich gegenseitig töten, dann ist es lächerlich, die Heilighaltung völkerrechtlicher Grenzen zu fordern.

Die Grenze zwischen zulässigen und unzulässigen Kriegsmaßnahmen ist derartig schwer zu fassen und wird durch das Recht der Vergeltung bei angeblicher oder wirklicher Verletzung der Regeln so illusorisch gemacht,

daß von einer ernsthaften Klärung der Tatbestände und einer gerechten Beurteilung der Schuldfragen überhaupt keine Rede sein kann. Solange Menschen miteinander kämpfen, werden sie die auftauchenden Rechtsfragen nach ihrem Parteistandpunkt zu entscheiden suchen. Die deutsch-französischen Auseinandersetzungen über das Blutbad von Orchies beweisen das aufs neue. Man muß Poincaré den Vorwurf machen, daß er in unleidlicher Hervorkehrung seiner Advokatenmanieren diese nutzlose und lächerliche Auseinandersetzung heraufbeschworen hat, auch wenn man zugeben muß, daß der übrige Teil seiner Rede ruhig und maßvoll gewesen ist. Die deutschen Gegenveröffentlichungen machen die Sache nicht besser und vor allen Dingen nicht weniger lächerlich. Angesichts des Herrn Poincaré und seiner deutschen Partner muß man sich doch über die Naivität von Leuten wundern, die Kriege führen wollen, ohne Verbrechen zu begehen. Der Krieg ist ein Verbrechen und seine Konsequenzen sind notwendigerweise Verbrechen.

Die Unterscheidung zwischen legalem und illegalem Mord ist kindische Buchstabenklauberei.

Wer das Blutbad von Orchies verurteilen will, der verurteile den Krieg; wer aber den Krieg will, der wird alle fürchterlichen Folgen in Kauf nehmen müssen, wie sie das Gemetzel von Orchies zur rechten Zeit in Erinnerung gerufen hat.

Attentat in Leningrad? In Paris sind Gerüchte im Umlauf, daß die Mitglieder des Sowjet in Leningrad Opfer eines Attentats geworden seien. Das Regierungsgebäude in Leningrad soll während einer Sitzung des Sowjet durch eine Mine in die Luft gesprengt worden sein. Die Zahl der Toten soll 100 betragen. Man muß selbstverständlich derartige Meldungen mit äußerstem Mißtrauen aufnehmen.

Untersuchung gegen Doriot. Gegen den kommunistischen Abgeordneten Doriot ist wegen seiner Reise nach China, die er als Delegierter der kommunistischen Internationale ausführte, eine Untersuchung wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Staates eröffnet worden.

Der Rüffel für Marx.

Es wird gedeutelt.

Infolge eines Versehens sind in unserer gestrigen Ausgabe nur die Richtlinien der führenden Zentrumsmänner des Reichsbanners erschienen, nicht der erläuternde Bericht. Seine Hauptstelle lautet:

„Die versammelten Zentrumsmitglieder im Reichsbanner sprachen ihr Bedauern darüber aus, daß Reichskanzler Marx **sich zum Ausscheiden aus dem Reichsbanner veranlaßt gesehen hat.**

Einmütig wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß sich aus dieser bedauerlichen Tatsache für die andern Mitglieder des Zentrums im Reichsbanner nicht die Folgerung ergebe, gleichfalls das Reichsbanner zu verlassen."

Diese Stelle verstanden und verstehen wir als versteckten Tadel gegen Marx. Aber natürlich sind gleich wieder die Ausdeuter am Werk. So heißt es heute früh im Hamburger Fremdenblatt, das die eigene „liberale" Knochenerweichung andern Leuten andichtet: „Das Bedauern der Konferenz bezieht sich tatsächlich darauf, daß die Reichsbannerleitung durch ihr Verhalten den Reichskanzler Marx zu seinem Austritt veranlassen mußte."

Diese Ausdeutung geht sicher daneben. Aber bezeichnend ist, daß sie möglich wurde. Die Verfasser der Kundgebung haben vermutlich sich unsicher gefühlt und haben schließlich den zwei Seelen im Zentrum Rechnung tragen wollen, so kam eine Zweideutigkeit zustande.

Im Zentrum gibt es Leute, die dem Reichsbanner von jeher ablehnend gegenüberstanden. Aber es gibt auch Kreise, die schroff gegen Marx Stellung nehmen und geradezu empört sind, weil Marx in seinem Abschiedsschreiben an das Reichsbanner wie ein dürrer Bureaukrat gesprochen hat. Der Reichsbannermann Schultz in Berlin hat in Verteidigung eines Werbeaufzugs für den Präsidentschaftskandidaten Marx gegen angreifende Hakenkreuzler das Leben gelassen; damals schwor Marx: Treue um Treue! Von aller Politik abgesehen, hat Marx nicht einmal menschlich Treue gehalten, ein fühlendes Herz zeigt sich in seiner Austrittserklärung nicht. Das erbitterte treue Menschen.

Bemerkt sei noch, daß Wirth und Joos der Besprechung der Zentrums-Bannerleute nicht beigewohnt haben. Sie sind mit der Kritik an Marx einverstanden.

*

Mit dem Strom

„In der Reichsbanner-Uniform sah ich ja besser aus, aber so schwimmt sich's leichter."

Copyright by Paul Zsolnay Verlag, Berlin, Wien, Leipzig.

Die Geburtsstunde des Friedens.

Von Henry Poulaille.

[19]

Magneux hatte sich nicht der Vorschrift angepaßt, die es den Arbeitgebern zur Pflicht machte, ihr früheres Personal wieder einzustellen, wenn dieses sie vierzehn Tage nach der Demobilisierung verständigte. Magneux, der dieses Zwangsmittel als ein ungerechtfertigtes Mißtrauen ansah, hatte es verworfen. Man war ja als Freunde auseinandergegangen, also war kein Grund, dachte er, sich als Schreckgespenst aufzuspielen. Dieses Benachrichtigungsschreiben bewies einen Mangel an Vertrauen zu seinem Chef — es mochte noch hingehen für die Fabriken, und zwar für die großen . . . aber da, wo der Arbeitgeber Seite an Seite mit seinen Arbeitern arbeitete, wo man allein mit ihm war, wäre es doch ein Mangel an Takt gewesen, nicht wahr?

Als er sich vorstellte, versicherte ihm Herr Jacob, sein Chef, bedauernd, daß er ihn nicht zurücknehmen könne. Er hatte zwei Gehilfen, die wenig Geld kosteten und die ihre Probezeit ablegten, da (dies wurde kaum angedeutet) wäre es doch zu dumm gewesen, einen gelernten Arbeiter in Dienst zu nehmen, den man teuer bezahlen müßte, und der die Benachrichtigung versäumt hatte!

„Wenn ich Ihnen den Schädel einschlagen würde," hatte Magneux ausgerufen, der rasch mit Argumenten fertig war.

„Man kann sich ja einigen," hatte Herr Jacob gesagt. „Schreien Sie nicht so! Ich versetze mich an Ihre Stelle."

„Was Sie sagen!"

„Ja; aber Sie sind im Unrecht, mein armer Freund. Sie hätten sich den Formalitäten anpassen müssen, wie jedermann. Sie haben immer Ihren eigenen Kopf gehabt. Nun, Sie kennen mich ja. Ich bin kein Wilder. Wieviel Entschädigung verlangen Sie?"

„Drei Monate."

„Sie sind verrückt."

„Nein, gar nicht."

„Dann ist's mir lieber, wenn Sie mich verklagen," erklärte Herr Jacob.

„Schön," stieß Magneux hervor. „Ich gehe sofort aufs Gericht.

Gerade an diesem Tage aber empfingen, wie durch einen Zufall, die Herren Juristen nicht. Sie hatten ihre Empfangstage.

Am nächsten Tage ging er wieder in den Justizpalast, wo er um 3¼ Uhr vorgelassen wurde. Der Richter bat ihn, Platz zu nehmen und ließ sich seinen Fall ganz ausführlich schildern.

„Ja," sagte er, „Sie haben sich selber Ihrer Rechte begeben. Sie sind gesetzlich im Unrecht, vollständig im Unrecht. Sie würden vergeblich einen Prozeß gegen Ihren Arbeitgeber anstrengen; es würde zu nichts führen. Sie hätten ihm ein Benachrichtigungsschreiben zuschicken müssen. Man verteilte ja diese Schreiben zugleich mit den andern Papieren. Sie waren zum Gebrauch bestimmt. Sie sind nicht der einzige. Vielleicht zwanzig Prozent aller Demobilisierten befinden sich in derselben Lage. Lauter solche armen Teufel wie Sie kommen jetzt zu uns. Aber Sie sagen mir ja, daß Ihr Chef Ihnen eine Entschädigung angeboten hat . . . Einigen Sie sich in Güte. Nehmen Sie so viel, wie er Ihnen irgend geben mag, 500 Frank zum Beispiel, ja sogar 300 Frank."

„Aber was soll ich mit 300 Frank machen?"

„Ja . . . versuchen Sie, mehr zu erreichen," rief der andere. „Aber Tatsache ist, daß er Ihnen gesetzlich gar nichts schuldet."

„Das ist zum Ekeln, man hat sich für sie die Knochen zerhauen lassen."

„Verlieren Sie nicht den Kopf; tun Sie, was Sie können, um mehr zu bekommen. Ich kann nichts anderes tun, als Ihnen viel Glück wünschen."

„Aber . . ."

„Ich kann Ihnen weiter nichts sagen," schloß der Richter, und, sich von seinem Stuhl aufrichtend, rief er:

„Der Nächste . . ."

Der Nächste erschien. Mit zermürbten Gesichtszügen, noch elender als Magneux . . .

„Setzen Sie sich . . . Was gibt es?"

„Ich bin ohne Arbeit. Ich hatte geglaubt, meine Arbeit wiederzufinden, wenn ich zurückkäme, und da ich, wie ich dachte, mit meinem Arbeitgeber sehr gut stand, hatte ich es nicht gewagt, ihm diesen Mahnzettel zu schicken, den man uns übergeben hatte.

Magneux zuckte die Achseln.

„Dasselbe Lied!"

In diesem Saale saßen wohl ein Dutzend Richter. Vor jedem ein Klient, während etwa zehn andere auf einer Bank warteten, bis die Reihe an sie kam. Im Gange warteten wohl noch reichlich sechzig Leute. Mietsfragen, Arbeitslosigkeit. Erbärmliche Schaustellung des Elends im Elendsgewande.

Als Magneux draußen war, ließ er seiner schlechten Laune freien Lauf.

„Ah! Man müßte diese verrottete Gesellschaft umstürzen!"

Aber die abgezehrten Gesichter ringsum verkündeten eine zu große Müdigkeit. Sie waren an so viele Jahre des Elends gewöhnt seit dem Leben von ehedem und dem Leben von heute! Er verstand das, wollte es aber nicht entschuldigen.

„Alles Feiglinge, Feiglinge und Jammerkerle!"

Noch wutschnaubend war Magneux zu seinem früheren Brotherrn zurückgekehrt.

Dieser empfing ihn an seiner Kasse, mit lächelndem Gesicht.

Ehe Magneux noch den Mund auftat, kam er ihm zuvor.

„Ich habe ebenfalls den Rechtsanwalt gefragt. Ich schulde Ihnen nichts."

„Dabei komme ich nicht auf meine Rechnung, denn ich, ich brauche Geld," entgegnete der junge Mann. „Ich will Geld haben!"

„Lassen Sie mich reden."

„Ich habe keine Zeit. Von Worten wird man nicht satt, und wenn sie honigfüß wären."

„Aber ich sage Ihnen doch . . ."

„Sie sind ein Schweinekerl," schrie Magneux und schlug mit der Faust heftig auf die Kasse auf. Da er sich an den Kupferbeschlägen der Platte verletzte, fluchte er:

„Donnerwetter, verstehen Sie nicht? Ich brauche Geld, und zwar sofort!"

Die Lehrlinge hoben die Köpfe, hielten mit ihrem Rezeptbrauen inne, bereit, herbeizueilen.

„Ich gebe Ihnen zwei Minuten Zeit," sagte Magneux.

Es waren Kunden im Laden. Der Apotheker wurde ängstlich.

„Magneux," sagte er sanft, „regen Sie sich nicht auf. Ich möchte keinen Skandal."

„Ich scher' mich den Teufel drum."

„Kommen Sie mit mir in mein Arbeitszimmer," sagte der Apotheker mit süßlicher Stimme.

Das Arbeitszimmer war ein kleines Gemach, das Magneux gut kannte, mit dem seltsamsten Wirrwarr angefüllt: Waffen, Fächer, japanische Masken ringsum.

(Fortsetzung folgt.)